

N i e d e r s c h r i f t

über die 20. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 02. Juli 2013, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der "Lindener Ratsstuben"

Anwesend:

- a) Stadtverordnetenvorsteher: Ralf Burckart
- b) Stadtverordnete:
- | | |
|--------------------------|----------------|
| Jürgen Arnold | (entschuldigt) |
| Moritz Arnold | |
| Hans Bausch | |
| Anneliese Bork | |
| Michael Fischer | (entschuldigt) |
| Dagmar Gebauer | |
| Sebastian Gebauer | |
| Renate Geiselbrechtinger | |
| Axel Globuschütz | |
| Dr. Michaela Goll | |
| Dieter Haggenmüller | (entschuldigt) |
| Dirk Hansmann | |
| Volker Heine | |
| Iskender Isikci | |
| Timo Klös | |
| Gisela Koch | |
| Gudrun Lang | |
| Harald Liebermann | |
| Franziska Lodde | |
| Hendrik Lodde | |
| Antje Markgraf | (entschuldigt) |
| Uwe Markgraf | (entschuldigt) |
| Burkhard Nöh | |
| Matthias Spangenberg | |
| Dr. Christof Schütz | |
| Werner Schwarz | |
| Tim-Ole Steinberg | |
| Eva Steinmetz | |
| Thomas Utschig | |
| Fabian Wedemann | (entschuldigt) |
| Wolfgang Weiß | |
| Horst Weitze | |
| Michael Wolter | |
| Dr. Heinz-Lothar Worm | |
| Metin Yildiz | |
| Marga Zoller | |
- c) Magistrat:
- | |
|--------------------------------|
| Bürgermeister Jörg König |
| Erster Stadtrat Norbert Arnold |
| Stadtrat Thomas Altenheimer |
| Stadträtin Petra Braun |
| Stadtrat Wolfgang Gath |
| Stadtrat Reinhold Krapf |

Stadtrat Robert Kreuzinger-Ibe (entschuldigt)
Stadtrat Gerhard Trinklein

- d) Ausländerbeauftragter: Dr. Ehsan Sadeghian
- e) Verwaltung: Hans-Ulrich Heymann
Stefan Hilberg
- f) Presse: Herr Wißner, Gießener Anzeiger
Vertreter der Gießener Allgemeine Zeitung
- i) Zuhörer: 15
- j) Protokollführerin: Renate Wolf

Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart eröffnet die 20. öffentliche Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde, die durch die HGO vorgeschriebene Veröffentlichung der Einladung in den Lindener Nachrichten sowie dem Lindener Anzeiger ordnungsgemäß erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt er insbesondere die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Linden, die Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung, die Mitglieder des Parlamentes, den Magistrat und den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Dr. Ehsan Sadeghian.

Zur Tagesordnung ergeben sich folgende Änderungen:

Stadtverordneter Spangenberg beantragt die Absetzung des TOP 7, da der Fachausschuss (JSSK) nicht beteiligt war. TOP 11 soll ebenfalls von der Tagesordnung gestrichen werden, da er sich durch das Schreiben des Präsidenten des Europäischen Parlamentes bereits erledigt hat.

Stadtverordneter Heine bittet um Absetzung des TOP 8, da dieser nicht fristgerecht vorgelegt wurde.

Stadtverordneter Liebermann kann diese Argumentation nicht nachvollziehen und bittet um weitere Informationen.

Stadtverordneter Heine ergänzt, dass der Antrag weder im Ältestenrat noch im Fachausschuss beraten wurde, sondern im Nachhinein von der Verwaltung auf die Tagesordnung gesetzt wurde; somit ist die Frist nicht eingehalten worden.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass nicht immer alle Anträge in den Ausschüssen oder im Ältestenrat behandelt und trotzdem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden.

Hierzu erklärt Stadtverordneter Spangenberg, dass gerade Beschlüsse des Parlamentes formal richtig gefasst werden müssen und hier ist nun einmal eindeutig die Frist nicht eingehalten worden.

Stadtverordnete Lodde kann nicht nachvollziehen, warum der TOP 7 abgesetzt werden soll. Es geht hier nur um eine Gebührenänderung und die eigentliche Umsetzung erfolgt dann später in den Kindergärten selber.

Auch hierzu erklärt Stadtverordneter Spangenberg, dass zunächst der Fachausschuss beteiligt werden muss und daher in der nächsten Stadtverordnetensitzung darüber entschieden werden soll.

Stadtverordneter Liebermann entgegnet, dass selbstverständlich Kindergartenangelegenheiten in den JSSK-Ausschuss gehören; hier geht es aber in erster Linie um Finanzen und dies gehört nun einmal in den Haupt- und Finanzausschuss. Daher sei kein Grund vorhanden, den TOP 7 abzusetzen.

Laut Stadtverordnete Lang sind hiervon aber auch die Öffnungszeiten betroffen und somit müsse der JSSK-Ausschuss beteiligt werden.

Bgm. König gibt zu bedenken, dass man nach der Vorlage die Möglichkeit habe, ab dem neuen Kindergartenjahr, welches ja schon am 01. August beginnt, eine Betreuung bis 17.00 Uhr einzurichten. Danach könne man dem Parlament berichten, wie dies Anklang gefunden habe.

Stadtverordneter Spangenberg ist erfreut, dass ihm der Bürgermeister mit dieser Aussage ein weiteres Argument geliefert habe, das zeige, dass man die Vorlage auf die nächste Stadtverordnetenversammlung verschieben könne. Da noch nicht feststeht, dass überhaupt Bedarf vorhanden ist, braucht man auch nichts abzustimmen. Es ist nicht rechtens, wenn jetzt darüber abgestimmt werde; man müsse sich schon an die Vorgaben halten, wie Beschlüsse zu fassen sind.

Bgm. König entgegnet hierzu, dass diese Vorlage aufgrund einer durchgeführten Befragung innerhalb der Kindergärten erstellt wurde. Konkrete Anmeldungen für eine Betreuung bis 17.00 Uhr liegen noch nicht vor; der Magistrat wolle jedoch handlungsfähig sein, um bei Bedarf umgehend reagieren zu können.

Stadtverordneter Spangenberg weist ausdrücklich darauf hin, dass eine Abstimmung ein Unrechtstatbestand sei; dies müsse gerade der Bürgermeister wissen und sich dagegen wehren.

Bgm. König erklärt, dass die Ausschüsse nur Empfehlungen abgeben und das Parlament beschließen.

Die Abstimmung über den Antrag des Stadtverordneten Spangenberg auf Absetzung des TOP 7 wird mit Mehrheit abgelehnt.

Stadtverordneter Globuschütz bittet um Feststellung, dass TOP 8 ebenfalls nicht beraten wird, da die 14-tägige Frist nicht eingehalten wurde.

Hierzu erklärt der Stadtverordnetenvorsteher, dass der Magistrat diesen Punkt zurückgezogen habe.

Zu TOP 11 erklärt Stadtverordneter Dr. Schütz, dass nicht das Schreiben des Präsidenten des Europäischen Parlamentes die Beantwortung des Antrages darstelle sondern die Entscheidung der EU-Kommission und daher wird dieser Antrag zurückgenommen.

Danach ergibt sich folgende neue Tagesordnung:

Tagesordnung:

1. Berichterstattung durch den Magistrat
2. Verleihung einer Ehrenbezeichnung
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 076/11/16 -
3. Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenbürgermeister“
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 077/11/16 -
4. Aufstellung der Vorschlagliste für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2014 bis 2018
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 078/11/16 -
5. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Linden
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 72/11/16 -
6. Neufassung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 71/11/16 -
7. Änderung der Gebührensatzung für die Benutzung der Kindergärten der Stadt Linden
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 079/11/16 –
8. Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes
- Gemeinsamer Antrag von CDU, FW und FDP - Fraktionsantrag Nr. 031/11/16

9. Optimierung des Hessischen Kinderförderungsgesetz für die Stadt Linden
- Antrag der CDU-Fraktion - Fraktionsantrag Nr. 033/11/16
10. Berichtsantrag zum Thema „Anne-Frank-Turnhalle“
- Antrag der Fraktion von B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 035/11/16 –
11. Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Zu TOP 1

Berichterstattung durch den Magistrat

Bgm. König teilt dem Parlament mit, dass er sich zuerst einmal bei der Verwaltung ganz herzlich bedanken möchte. Er sei seit 4 Wochen im Amt und in dieser Zeit haben ihn alle Bediensteten tatkräftig bei seiner Arbeit unterstützt und ihm geduldig alle Fragen – und dies wären nicht wenige gewesen – beantwortet. Dies sei durchaus nicht überall so üblich und er hoffe, dass diese guten Zusammenarbeit auch weiterhin der Fall sein werde.

Parkplatz Hans-Böckler-Straße

Bgm. König erklärt, dass aufgrund der Anfrage seines Vorgängers ein Ortstermin mit der Bauaufsicht, dem RP und dem Eigentümer stattgefunden hat; danach wurde noch eine Besprechung im Rathaus durchgeführt. Fakt ist, dass seit 7 Jahren ein Parkplatz entstehen soll, was sich jedoch aufgrund des Geländes – früher Kreismülldeponie und Bergwerk - nicht so einfach realisieren lässt. Bei Erdarbeiten ist es zu einem Stolleneinbruch gekommen, der sich mit Wasser gefüllt hat und durch die Baumaßnahme darf die Abdichtung der ehemaligen Deponie nicht beeinträchtigt werden. Übergangsweise wurde auf dem Gelände die Lagerung von Baumaterial und Abstellung von Containern der Fa. Veolia geduldet.

Bei der Besprechung mit den Fachbehörden kam zum Ausdruck, dass es eigentlich keinen Sinn mehr mache, den Behelfsparkplatz anzulegen, da die dafür geplante Mehrzweckhalle nicht gebaut wurde.

Es sei sinnvoller, den Bereich neu zu überplanen und somit einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Im vorderen Bereich des Grundstückes (zur Metro hin) könnten einige Parkplätze angelegt werden, ein geordneter Teil für das Abstellen der Container bestimmt und der Rest als Lagerplatz für Recyclingmaterial ausgewiesen werden.

Der Eigentümer habe sich bereit erklärt, die Kosten aus dem Bauleitplanverfahren zur Aufstellung des derzeit gültigen Bebauungsplans und die Kosten für die neue Bauleitplanung zu übernehmen.

Man werde dem Parlament entsprechende Pläne vorlegen.

Kindergarten Regenbogenland

Hierzu wurde immer wieder gefragt, ob es den Baufortschritte gebe; man würde gar nichts sehen. Dies resultiert u.a. daraus, dass die Fertigbauteile außerhalb hergestellt werden. Insgesamt liege man aber im Zeitplan.

Sanierung Ev. Kindergarten

Die Sanierungsarbeiten sind in vollem Gange; dabei hat man festgestellt, dass im alten Teil keine Bodenplatte vorhanden war und diese muss jetzt zunächst hergestellt werden. Dadurch steigen jedoch nicht die Baukosten.

Fundtierunterbringung

Der Vertrag mit Gießen wurde gekündigt und jetzt mit einer in Lich ansässigen Institution ein Jahresvertrag abgeschlossen. Damit könne man prüfen, ob eine weitere Zusammenarbeit sinnvoll und möglich ist.

Neubau Grillhütte Luh

Die neue Grillhütte steht schon wieder für die Saison bereit; die Kosten werden insgesamt von der Versicherung getragen.

Postfiliale in Leihgestern

Die Post-AG hat mitgeteilt, dass ab dem 6. August eine neue Postfiliale im Schreibwarengeschäft beim neuen Netto-Markt untergebracht wird.

Zum Bericht des Magistrates ergeben sich folgende Wortmeldungen:

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt zum Parkplatz Hans-Böckler-Straße, dass ein rechtskräftiger B-Plan vorhanden sei, mit der Ausweisung „Parkplatz“ und ob unter den Augen der ehemaligen Stadtführung geduldet wurde, dass dieser Bereich als wilde Deponie genutzt wird.

Bgm. König erklärt hierzu, dass Stadtverordneter Dr. Schütz zunächst genau definieren müsse, was eine wilde Deponie sei. Fakt ist, dass es zutreffe, dass planungsrechtlich ein Parkplatz ausgewiesen sei.

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt nach, wenn es bisher ein Parkplatz sei, was es in Zukunft sein soll.

Bgm. König habe dies bereits in seinem Bericht genau erklärt; wiederholt dieses aber gerne noch einmal.

Stadtverordneter Bausch regt an, dass man zunächst mit dem Eigentümer sprechen sollte, was er überhaupt durchführen könne.

Bgm. König hat dies bereits getan; Herr Steinmüller war ja auch bei dem Ortstermin mit den Fachbehörden dabei. Herr Steinmüller habe versichert, dass er für die Umsetzung dieser Vorschläge die Kosten übernehmen werde.

Stadtverordneter Spangenberg fragt nach den großen Halden; muss diese der Eigentümer beseitigen oder soll hier zusätzlich zur Fa. Veolia eine Deponie betrieben werden.

Laut Bgm. König ist dies nicht der Fall. Lediglich das Abstellen von Containern soll möglich sein, das gelagerte Recyclingmaterial war für Straßenbauarbeiten gedacht und müsse abgebaut werden. Mit einer Überplanung des Grundstückes könne auch der Sichtschutzwall, den das Amt für Straßen- und Verkehrswesen gefordert hat, planungsrechtlich erfasst werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht mehr.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt mit, dass es aufgrund des Ausscheidens von Herrn Altenheimer und Herrn Trinklein zwei neue Gesichter im Parlament gibt; Frau Dagmar Gebauer und Herr Iskender Isikci, die er beide recht herzlich in der Stadtverordnetenversammlung willkommen heißt.

Zu TOP 2

Verleihung einer Ehrenbezeichnung

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 076/11/16 -

Aufgrund ihrer 20-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit im kommunalen Bereich soll Stadträtin Braun die Ehrenbezeichnung „Ehrenstadträtin“ erhalten. Bgm. König bittet um Beschlussfassung.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 076/11/26 ergibt einstimmige Annahme.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart, der sich nicht sicher ist, wie viele Ehrenstadträte die Stadt Linden hat, beglückwünscht Ehrenstadträtin Braun und freut sich, dass sie sich in diese Reihe einreihen darf. Als Dank erhält Ehrenstadträtin Braun einen Blumenstrauß und von Bgm. König die Ernennungsurkunde. Auch er bedankt sich für 20 Jahre Mitwirkung in der Exekutive der Stadt; Ehrenstadträtin Braun

habe durch ihr persönliches Engagement sehr viel für die Stadt Linden bewirkt und hofft, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart gratuliert an dieser Stelle allen Parlamentariern und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten – dies habe er zu Beginn der Sitzung leider vergessen.

Zu TOP 3

Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenbürgermeister“

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 077/11/16 -

Bgm. König führt aus, dass Herr Dr. Lenz u.a. aufgrund seiner 36-jährigen Amtszeit als ehemaliger Bürgermeister der Stadt Linden diese Auszeichnung erhalten soll und bittet um Beschlussfassung.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 077/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 4

Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2014 bis 2018

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 078/11/16 -

Stadtverordnete Frau Lang verlässt den Sitzungssaal.

Bgm. Jörg König erklärt, dass entgegen der bisherigen Modalitäten die Vorschlagsliste erweitert werden kann.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat für die Magistrats-Vorlage Drucksache Nr. 78/11/16 bei 8 Ja-Stimmen Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 078/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Stadtverordnete Lang nimmt wieder an der Sitzung teil.

Zu TOP 5

Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Linden

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 72/11/16 -

Bgm. König bedankt sich bei den Parlamentariern für die gute Beratung. Gesetzesänderungen haben eine Neufassung erforderlich gemacht; dies ist geschehen und nun könne die Beschlussfassung erfolgen. Alle gewünschten Änderungen wurden in die vorliegende Fassung vom 26.06.13 eingearbeitet.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat für die Magistrats-Vorlage Drucksache Nr. 72/11/16 einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Es ist jedoch festzustellen, dass in der Vorlage nicht alle Änderungen exakt übernommen wurden.

Stadtverordneter Liebermann führt aus, dass beschlossen wurde, in § 1 Abs. 3 Nr. 4-7 jeweils die gleichen Beträge (150.000,00 €) einzustellen. Dies muss noch entsprechend geändert werden.

Stadtverordneter Spangenberg erklärt, dass dieser Vorgehensweise zugestimmt werde. Auch er bedankt sich bei seinen Kolleginnen und Kollegen des Parlamentes für die außerordentlich gute und sachliche Zusammenarbeit. Dies wäre ein gutes Beispiel für kommunale Politik gewesen.

Die Abstimmung über die entsprechende geänderte Magistratsvorlage Drucksache Nr. 072/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 6

Neufassung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 71/11/16 -

Bgm. König erklärt, dass auch hier eine Neufassung erforderlich ist und bittet um entsprechende Beschlussfassung.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat für die Magistrats-Vorlage Drucksache Nr. 71/11/16 in ebenfalls geänderter Fassung einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Globuschütz dankt auch hier dem Parlament für die konstruktive Beratung und der Verwaltung für den schnellen Service. In der Sache selber seien substantielle Änderungen vorgenommen worden, die einer Beschlussfassung nicht entgegenstehen.

Stadtverordneter Heine möchte kurz aus persönlichen Gründen auf die Neufassung der Geschäftsordnung eingehen. Er habe schon im Ausschuss erklärt, dass er nicht verstanden habe, warum in Linden für den § 31 „Bildung der Ausschüsse, Stellvertretung“ nicht die Regelungen des Bundestages, des Hess. Landtages und auch des Landkreises angewandt werden können (Ausschussvorsitzende nicht nur nach Mehrheitsprinzip). Der Antrag wurde abgelehnt; er wollte es aber gerne noch einmal erläutern.

Bei zwei Enthaltungen wird die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 071/11/16 mit Mehrheit beschlossen.

Zu TOP 7

Änderung der Gebührensatzung für die Benutzung der Kindergärten der Stadt Linden

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 079/11/16 –

Bgm. Jörg König erklärt, dass es um die Festlegung der Gebühren wegen längerer Betreuungszeiten gehe; diesen Mehrbedarf habe eine Befragung in den Kindergärten ergeben. Hierzu gibt er noch einige Erklärungen zur Stundenerhöhung und Personalbedarf ab.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat für die Magistrats-Vorlage Drucksache Nr. 79/11/16 bei 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Spangenberg erklärt, dass die SPD-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde. Er betont ausdrücklich, dass man damit nicht die Erweiterung der Öffnungszeiten verhindern wolle sondern, dass für diesen Beschluss keine Rechtskonformität gegeben sei.

Stadtverordneter Liebermann gibt ihm in einer Sache Recht – die Formalitäten sollten eingehalten werden. Man hat aber auch die Möglichkeiten diese Voraussetzungen anders zu interpretieren. Man sollte noch vor der Sommerpause diesen Beschluss fassen, damit der Magistrat handeln kann. Alle Betroffenen – nämlich die Eltern – wurden durch diese Befragung beteiligt, die einen Mehrbedarf ergeben hat.

Stadtverordneter Spangenberg entgegnet, dass sich die SPD-Fraktion schon immer für längere Öffnungszeiten ausgesprochen habe; dies sei hier nicht das Thema. Es geht um das formale Zustandekommen einer Satzung. Hier hätte auch der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur beteiligt werden müssen.

Stadtverordneter Bausch fragt, wo genau stehe, welcher Ausschuss zu beteiligen sei. Es gehe um Finanzen, da sei der Haupt- und Finanzausschuss zuständig und dieser habe beraten. Auch für die Eltern sei es sinnvoller, wenn sie bereits vor dem neuen Kindergartenjahr wissen um was es geht.

Hierzu erwidert Stadtverordneter Spangenberg, dass man dann gleich zwei Ausschüsse abschaffen könne, da nach der HGO nur der Finanzausschuss zu bilden ist. Die Stadt Linden hat jedoch genau diese Ausschüsse eingerichtet, damit sie über derartige Dinge beraten und empfehlen kann.

Stadtverordneter Liebermann erklärt, dass es hierbei ausschließlich um die Gebührensatzung gehe und daher müsse nur der Haupt- und Finanzausschuss beraten.

Die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 079/11/16 wird bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und 4 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Zu TOP 8

Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes

- Gemeinsamer Antrag von CDU, FW und FDP - Fraktionsantrag Nr. 031/11/16

Stadtverordneter Liebermann bringt den gemeinsamen Antrag ein und erläutert diesen kurz. Der Begriff „freiwilliger Polizeidienst“ sei Vorgabe von der Landesregierung; es sollen bestimmte Aufgaben vergeben werden, eine Ausbildung erfolgt und die erforderliche Ausrüstung wird gestellt. Die Stadt übernimmt die Aufwandsentschädigung für die geleistete Tätigkeit, zahlt die Ausbildung und die Stunden für ihre Tätigkeit (z.B. Überwachung Park neben der Seniorenresidenz, Überwachung Grube Ferne usw.). Hauptsächlich gehe es um Präsenzerhöhung im öffentlichen Bereich.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat für den gemeinsamen Antrag der CDU-, FW- und FDP-Fraktion zur Einführung des freiwilligen Polizeidienstes bei 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Spangenberg erklärt, dass grundsätzliche und inhaltliche Fragen beantwortet wurden (u.a. wurden Kosten nachgereicht). Trotzdem könne man dem Antrag nicht zustimmen, da die Begründung nicht ausreichend sei; es handle sich eher um Augenwischerei. Er nennt hierzu einige Beispiele.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass man schon im Ausschuss die Ablehnung mitgeteilt habe. Auch er findet die Begründung nicht zutreffend und ausreichend und nennt ebenfalls einige Beispiele hierfür. Insgesamt handle es sich bei den dafür vorgesehenen Ausgaben um eine Verschwendung von städtischen Mitteln.

Stadtverordneter Globuschütz verweist in diesem Zusammenhang auf § 11 HSOG; danach sind Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden befugt, Maßnahmen zu ergreifen, um eine im einzelnen Falle bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung (Gefahr) abzuwehren. Dafür ist eine dreijährige Verwaltungsfachhochschulausbildung erforderlich. Und nun soll man darauf vertrauen, dass ein dreimonatiger Crashkurs den gleichen Zweck erfüllen kann. Er gibt zu bedenken, dass dies auch eine Gefährdung der Freiheitsrechte der Bürger darstellen kann. Hier geht es nicht um einen banalen Katalog von zu erledigenden Aufgaben.

Stadtverordneter Bausch stellt dem entgegen, dass über 100 andere Kommunen diesen freiwilligen Polizeidienst eingeführt haben. Er bittet um sachliche Beratung (in Bezug auf den vorgetragenen Ablehnungsgründen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen). Man könne es wenigstens versuchen.

Stadtverordneter Liebermann ist der Meinung, dass man die vorgelegten Kriminalstatistiken auch anders interpretieren kann und lädt alle Parlamentarier ein, mit Ideen zur Umsetzung beizutragen.

Bezugnehmend auf den vorhergehenden Redebeitrag („Lasst uns gemeinsam ...“) erklärt Stadtverordneter Spangenberg, dass dann alle Parlamentarier/Fraktionen weiter daran arbeiten sollten; dies könne aber nicht geschehen, wenn der Antrag heute abgestimmt werde. Der Gedanke der Prävention stehe im Vordergrund.

Er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen und dafür eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu bilden. Hierzu sind fachkundige Personen einzuladen und gemeinsam soll man besprechen, wie man präventiv tätig werden kann.

Stadtverordneter Liebermann entgegnet hierzu, dass man dem Magistrat den Auftrag erteilen wolle, in dieser Angelegenheit tätig zu werden. Wenn dieser dann der Auffassung ist, dass weitere Personen an der Umsetzung beteiligt werden sollen, dann könne man dies gerne tun. Daher kann dem Antrag zur Geschäftsordnung nicht stattgegeben werden.

Die Abstimmung über den von Stadtverordnetem Spangenberg gestellten Antrag zur Geschäftsordnung wird mit Mehrheit abgelehnt.

Stadtverordneter Zoller berichtet in diesem Zusammenhang von einer weniger angenehmen Begebenheit mit Jugendlichen auf einem Ortsberingweg und erklärt, dass auch hier der freiwillige Polizeidienst tätig werden könnte.

Stadtverordnete Frau Dr. Goll teilt mit, dass sie bereits im Mai aus der Presse entnommen habe, dass Heuchelheim und Hungen gemeinsam mit Linden einen freiwilligen Polizeidienst einrichten wollen. Sie ist darüber sehr verwundert, da erst Ende Juni dieses Ansinnen im Ausschuss beraten wurde.

Hierzu erklärt Stadtverordnetenvorsteher Burckart, dass dies nun die Presse zur Kenntnis genommen habe; dazu müsse man dort nachfragen.

Stadtverordneter Schwarz erinnert alle Parlamentarier daran, dass die Sicherheit der Bürger an erster Stelle stehe und daher müsse ein solcher Antrag unterstützt werden.

Der gemeinsame Antrag von CDU, FW und FDP - Fraktionsantrag Nr. 031/11/16 – wird mit Mehrheit beschlossen.

Zu TOP 9

Optimierung des Hessischen Kinderförderungsgesetz für die Stadt Linden

- Antrag der CDU-Fraktion - Fraktionsantrag Nr. 033/11/16

Stadtverordneter Lodde bringt den gemeinsamen Antrag ein und erläutert diesen kurz.

Stadtverordneter Nöh teilt mit, dass der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur diesen Antrag bereits im April beraten hat mit folgender Abstimmung: bei 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wurde Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits in der Ausschusssitzung deutlich erklärt hat, dass sie das Hess. Kinderförderungsgesetz ablehnen und begründet dies kurz.

Stadtverordnete Lang schließt sich ihrem Vorredner an und ergänzt noch um einige weitere Punkte.

Stadtverordneter Spangenberg erklärt, dass die Stadt bereits bei der Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz für 3-6 Jährige ein Problem habe; es gebe deutlich mehr Kinder als Plätze. Anschließend erläutert er, welche Auswirkungen die Umsetzung dieses Antrages hätte; der Rechtsanspruch könne so nicht erfüllt werden.

Er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass der Antrag zunächst im Geschäftsgang bleiben und im JSSK-Ausschuss beraten werden soll. Die Fachaufsicht soll dort die Situation hinsichtlich der

Rechtsansprüche auf einen Kindergartenplatz erläutern und erklären, ob der Antrag der CDU so umzusetzen ist.

Stadtverordneter Liebermann entgegnet hierzu, dass auch für diesen Antrag eine andere Interpretation möglich ist und daher soll heute abgestimmt werden. Dann ist auch der Magistrat wieder handlungsfähig.

Der Antrag zur Geschäftsordnung wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Fraktionsantrag der CDU Nr. 033/11/16 wird bei Gegenstimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit Mehrheit beschlossen.

Zu TOP 10

Berichtsantrag zum Thema „Anne-Frank-Turnhalle

- Antrag der Fraktion von B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 035/11/16 –

Stadtverordneter Heine bringt den Fraktionsantrag Nr. 035/11/16 ein und erläutert diesen. Er bittet um schriftliche und mündliche Beantwortung bis zur bzw. in der nächsten Stadtverordnetensitzung.

Bgm. König sagt dies zu. Er habe bereits zwei Gespräche mit Frau Dr. Schmahl geführt. Fakt ist, dass der Kreis als Schulträger dafür zu sorgen hat, dass in der Sporthalle der Sportunterricht durchgeführt werden kann. Die Kommunen sollen – soweit möglich – etwas dazu beitragen. Wünschenswert wäre ein einheitliches Konzept; allerdings haben die Kommunen unterschiedliche Vorstellungen.

Zu TOP 11

Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Neonazi-Aktivitäten im Lumdatal

Stadtverordnetenvorsteher Burckart verliest hierzu eine Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Stadtverordnetenvorsteher und Vorsitzenden der Gemeindevertretungen im Landkreis Gießen gegen die Neonazi-Aktivitäten im Lumdatal und bittet die Presse um entsprechende Veröffentlichung.

Diese Erklärung wird in allen Gremien einheitlich vorgetragen.

Verkehrssituation im Bereich Wilhelmstraße 7

Stadtverordnete Frau Lang erklärt, dass es hier immer wieder zu Problemen, sowohl für Fußgänger als auch dem fließenden Verkehr kommt und bittet um entsprechende Abhilfe.

Dies wird von Bgm. König zugesagt.

Verlängerte Öffnungszeiten Schwimmbad

Stadtverordnete Lang bittet um verlängerte Öffnungszeiten bei entsprechend gutem Wetter.

Auch hier sagt Bgm. König eine Überprüfung zu, allerdings stelle sich das aufgrund der Personalsituation nicht so einfach dar.

Blendwirkung von Aufbauten auf der Brücke hinter dem Friedhof Großen-Linden

Stadtverordnete Lang weist darauf hin, dass in diesem Bereich von irgendwelchen Aufbauten Blendwirkungen ausgehen und bittet um Überprüfung.

Auch dies wird Bgm. König überprüfen lassen.

Micro-Zensus

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt nach dem aktuellen Stand für Linden, da bei anderen Kommunen von „Bürgerverlusten“ die Rede ist.

Laut Bgm. König sagt das erste Ergebnis, dass es in Linden 12.063 Einwohner gibt.

Ablagerungen im Wald

Stadtverordneter Dr. Schütz berichtet davon, dass ca. 500 m nach Beginn des Waldweges hinter der Straße „Am Lückenberg“ seit längerer Zeit Holzabschnitte auf dem Waldweg liegen. Insgesamt liege überhaupt zu viel Müll im Wald, was wohl auch darauf zurückzuführen sei, dass alle Schranken im Waldgebiet offen sind. Ihm wurde mitgeteilt, dass ein Fahrzeug mit einem beladenen Anhänger in den Wald gefahren sei und kurze Zeit später ohne Beladung wieder herausgefahren ist; das Kennzeichen wurde notiert. Förster Sennstock möge doch bitte die Schranken wieder schließen.

Bgm. König wird die Angelegenheit überprüfen.

Obdachlose im Bereich „Arnsburger Weg“

Stadtverordnete Steinmetz berichtet von einem Matratzenlager und Obdachlosen, die neben dem Gebäude der ehem. Fa. Wiggins-Tape anzutreffen sind und fragt, ob man an diesem Zustand irgendwie Abhilfe schaffen kann.

Bgm. König wird sich darum kümmern.

Gesplittete Abwassergebühr

Stadtverordneter Spangenberg ist mehrfach darauf angesprochen worden und möchte wissen, ob der Magistrat erste Erfahrungen hierzu abgeben kann, wie z.B.: Gibt es viele Widersprüche; wie viele negative Veränderungen – insbesondere im alten Ortskern – gibt es und wie sind insgesamt die Auswirkungen nach der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr?

Bgm. König wird darüber berichten.

Hochwasser in der Partnergemeinde Machern

Stadtverordneter Lodde möchte wissen, ob Bgm. König hierzu etwas berichten kann.

Bgm. König teilt mit, dass er am vergangene Freitag vor Ort war, um einen Spendenscheck zu überreichen; insgesamt sind bisher 13.677 € gespendet worden. Er und auch die Bürgermeisterin von Machern bedanken sich bei allen Spendern. Das Spendenkonto wird noch einige Zeit weiterlaufen und evtl. kann zur Seniorenfahrt nach Machern ein weiterer Spendenbeitrag übergeben werden. In Machern wurde zur Verteilung der Spenden ein Komitee eingerichtet.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart beschließt die Sitzung und wünscht allen Anwesenden schöne Sommerferien.

Ende der Sitzung: 22.05 Uhr

Ralf Burckart; Stadtverordnetenvorsteher

R. Wolf; Protokollführerin